

Keine Kapitalprivatisierung der Deutschen Bahn

Beschluss des 1. Landesparteitages DIE LINKE. Sachsen am 14. und 15.7.2007

Es darf keine Kapitalprivatisierung der Deutschen Bahn geben. Sie würde einen gravierenden Bruch des Grundgesetzes, das die Gewährleistung der Verkehrsdienstleistungen durch den Staat fest schreibt, darstellen. Wir fordern den Erhalt der DB im Eigentum des Bundes als Voraussetzung für eine moderne, kundenorientierte, sichere und bezahlbare Bahn. Alle Mitglieder der Partei DIE LINKE. Sachsen sind aufgerufen, gemeinsam mit den Gewerkschaften und den Antiprivatisierungsbewegungen ihren Widerstand gegen die Pläne der Bundesregierung nochmals zu intensivieren.

Der geplante Börsengang würde die größte Verschleuderung öffentlichen Eigentums in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland darstellen. Auch deshalb haben sich mehr als 70% der Bevölkerung gegen die Bahnprivatisierung ausgesprochen.

Gerade unter den allgemein anerkannten Bedingungen des dramatischen Klimawandels darf die Bahn nicht verkauft werden. Sie ist das gegenwärtig umweltfreundlichste Verkehrsmittel mit einem großen ökologischen Entwicklungspotential. Eine auf Rendite orientierte Unternehmenspolitik würde das Schienennetz weiter kappen, Strecken stilllegen, Mitarbeiter entlassen, Lohndumping begünstigen, dem öffentlichen Mobilitätsbedarf im Personen- und Güterverkehr nicht entsprechen, den Erhalt und den Ausbau der Schieneninfrastruktur gefährden und Haushaltsrisiken für die öffentliche Hand herbeiführen. Seit Beginn der Bahnreform wurde die Zahl der Beschäftigten bereits um über 200.000 Menschen halbiert. Die Privatisierungspläne der Bundesregierung gefährden weitere 60.000 bis 90.000 Arbeitsplätze.

Mit einem Börsengang wird noch mehr Verkehr von der Schiene auf die Straße verlagert.

Es ist allgemein bekannt, dass alle bisherigen Privatisierungen von Staatsbahnen gescheitert sind. Inzwischen gibt es Bemühungen von Staaten, die privatisierten Unternehmen zurückzukaufen (siehe z.B. GB und Estland). Auch beim Verbleib der DB AG in staatlicher Hand muss über den weiteren Fortgang der Bahnreform, ob in integrierter oder in getrennter Organisationsform zwischen Betrieb und Infrastruktur weiter inhaltlich beraten und auch gestritten werden. Dabei ist zu beachten, dass DIE LINKE bei ihrer Positionsfindung nicht nur schlechthin die Interessen der betroffenen Gewerkschaften für ihr Unternehmen und die Interessen der Beschäftigten in den Blick nimmt, sondern auch die Interessen der Bahnkunden.

Die Delegierten erklären sich solidarisch mit den von den Privatisierungsplänen betroffenen Eisenbahnerinnen und Eisenbahnern und unterstützen die von den Vorständen des DGB und der Gewerkschaften IG Metall und verdi. beschlossene Ablehnung der Privatisierung der DB AG.

f. d. Richtigkeit des Beschlusses

Rico Gebhardt
Landesgeschäftsführer
DIE LINKE. Sachsen